

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal.
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium:

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben
von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 25.

Halle. Dienstag, den 28. November.

1848.

Inhalt: Die Krisis in Preußen und die Tagespresse in der Provinz Sachsen. — Die Stellung der Linken in Frankfurt. — Konstitutioneller Verein des Saalkreises. — Konstit. Club zu Halle. — Anzeige.

Die Krisis in Preußen und die Tagespresse in der Provinz Sachsen.

Es ist bei den unglücklichen Ereignissen, welche die letzten Wochen unserm Vaterlande gebracht haben, nichts so natürlich, als daß die Handlungsweise der einzelnen Deputirten von ihren Wählern schärfer ins Auge gefaßt, genauer denn je abgewogen wird. Ob sie ferner tagen oder der königlichen Botschaft Folge leisten sollten, und im erstern Falle, ob sie auch zu der Steuerverweigerung stimmen durften, — diese Fragen werden, wie es nicht anders sein kann, bei den abweichenden politischen Ueberzeugungen, aber mehr noch weil das Recht der Minister zu ihren Maßregeln fruchtig erscheint, von Einzelnen wie von großen Gesamtheiten, Kreisen und Städten verschieden beantwortet. Die bei weitem größere Zahl der sächsischen Abgeordneten hat in der Verlegung und Vertagung eine Rechtsverletzung gesehen und ist auf dem Platze geblieben; nur Wenige haben den Saal verlassen, unter ihnen die von Halle, Merseburg, Wittenberg, Weißensee, Osterburg, Mansfeld (Gebirgskreis). Wir verschmähen es, uns jetzt noch an dem Kampfe zu betheiligen, ob diese Wenigen oder Jene den rechten Weg eingeschlagen haben; die Krisis will zu Ende gehen, es ist leicht nach dem Erfolge urtheilen, und uns gelüftet nicht, einen Sieg zu ersehnen wie Hans Falstaff über den gefallenen Percy Heißpohn. Wir können vielmehr den Leser ruhig auf die Unterschiede der Fractionen in der Berliner Versammlung verweisen, wie wir sie in den frühern Nummern dieser Blätter herausgehoben haben, und es ihm dann selbst überlassen, aus der Stellung und Haltung der Parteien überhaupt auch die Consequenzen für diesen speciellen, so wichtigen Fall zu ziehen. Eins freilich nimmt uns noch immer Wunder, wie es nämlich gekommen, daß manche Leute aus dem gemüthlichen Paßgange des bedächtigen Liberalismus seit den Märztagen so rasch in den scharfen Galopp des Grund und Boden erschütternden Radikalismus übergegangen sind. Wie Viele von diesen würden nicht zur Stunde noch äußerst zahm zur Seite des wärmenden Ofens sitzen und da sein bebüßsam raisonniren und tannegleßern, wäre nicht über Nacht plötzlich die Revolution gekommen und ihnen in die Arme gesunken?

Allein wie gesagt, wir überlassen das Urtheil über ihre Vertreter den Wählern. Es kommt uns im Augenblicke darauf an, den andern Organen des Volkswillens, den täglichen Vermittlern und Herolden des politischen

Bewußtseins etwas näher in's Gesicht zu sehen: wir meinen die Tagespresse, und zwar die in der Provinz Sachsen. Außer den vielen Kreis- und Wochenblättern und unserm Bürgerblatte, die jedoch fast alle nicht an jedem Tage ausgegeben werden und meist einen ziemlich beschränkten Leserkreis haben, erscheinen täglich unseres Wissens nur der Thüringische Volksbote in Erfurt, die Halle'sche demokratische, die Magdeburger Zeitung und der Halle'sche Courier. Ueber die beiden erstern Blätter wird man uns die Kritik willig schenken, nachdem die Prinzipien und der Ton der Halle'schen Demokratischen einen eben so scharfen als gerechten Richter in den frühern Nummern gefunden haben, und wenn man sich erinnert, daß der Redacteur des Volksboten, Herr Berlepsch, der große Thüringer Aitator ist. Auch der Courier wäre eigentlich einer besondern Besprechung kaum werth; nicht etwa aus demselben Grunde, sondern weil er gar keine Farbe hat. Er nimmt in aller Gemüthlichkeit von nah und fern an Nachrichten auf, was ihm gerade entgegenläuft; der Raisonnements enthält er sich klüglichst, es wäre denn, daß er einmal Artikel über gewerbliche Verhältnisse bringt, die allerdings nicht ohne Sachkenntniß geschrieben sind. Indes war ihm doch der 9. Nov. zu wichtig und folgenschwer, als daß er es nicht für nöthig gehalten hätte, auch seine Stimme laut werden zu lassen, die natürlich von desto größerem Gewichte und Nachdrucke sein mußte, je seltener sie überhaupt gehört wird. Und was sagte der gemüthliche Courier? Er bewies mit ganzer Besonnenheit, mit der Freimüthigkeit, die ihn zu allen Zeiten rühmlichst ausgezeichnet hat, daß die Krone bei ihren Maßregeln doch wohl nicht so ganz im Rechte, daß die Lage beider Parteien sowie des ganzen Landes äußerst peinlich sei. Das war Alles! Freilich war es damals Jedem peinlich und unbequem, am unbequemsten aber dem harmlosen Courier; er wurde ja in seiner Ruhe gestört, von seinem durchaus objectiven Standpunkte vertrieben, und mußte sich auf die Zinne der Partei stellen. Wenige Tage nach diesem stürmischen Anlaufe, als die kältere Ueberlegung wieder die Oberhand gewann, erinnerte er sich seines Berufes und der alten süßen Gewohnheit; er brachte, um seine Unparteilichkeit klarlichst zu erweisen, Baffermann's Rede in einer Extrabeilage. Wir wollen ihm darum nicht böse sein, um so weniger, da er nichts eben verdorben hat.

Bitterer ist unsere Stimmung gegen die Magdeburger Zeitung. Sie betrachtet sich als das eigentliche

Organ der Provinz, und allerdings ist sie das einzige, das nicht nur innerhalb, sondern auch über die Grenzen hinaus gelesen wird. Sie hat ferner einen etwas großartigeren Zuschnitt, als die andern, druckt nicht bloß ab, sondern beschäftigt auswärtige Correspondenten; gleichwohl war sie früher, als die Lichtfreunde noch allein das Privilegium hatten, Opposition zu machen, von größerer Bedeutung. Doch wir nehmen sie, wofür sie sich hält: sie muß uns dann nur gestatten, daß wir auch unsere Anforderungen höher an sie stellen. Und da fragen wir alsbald, wie verwaltet sie das Amt eines politischen Wegweisers? Ob sie es nicht für nöthig hält, oder ob sie es nicht will, oder auch nicht kann; kurz sie hat selten einen leitenden Artikel, und enthält sie ja einen, so taugt er noch seltener etwas. Und dennoch ist es so wichtig, dem Leser die zerstreuten Einzelheiten geordnet und gesichtet vor das Auge zu führen, ihn deutlicher so und weiter sehen zu lassen, ihn zur Annahme einer bestimmten Ansicht, zur Billigung eines Prinzips gleichsam zu nöthigen, — eben so wichtig, sagen wir, als es Pflicht, und auf diesem Wege eine unschwer zu erfüllende Pflicht ist, die wahre Freiheit zu fördern, indem die Zagenden gekräftigt, die Zügellosen gehemmt, die Verräther entlarvt werden. Die Tagespresse soll nicht allein annehmen, was ihr die Gesellschaft an Ereignissen bietet: sie soll das Empfangene geläutert zurückgeben, soll dadurch bilden, bessern. Wenn sie diese Aufgabe nicht begreift oder nicht löst, so verschlägt es wenig, ob sie frei ist oder unfrei. — Doch die Beweise für das Vorhin Behauptete! Wohl; indem wir sie geben, kommen wir auf unser eigentliches Thema zurück. Die Magdeburger Zeitung hatte sich, wie sie das der Provinz gegenüber nicht anders konnte, seit den Frühlingstagen für die konstitutionelle Monarchie ausgesprochen: wenigstens athmeten ihre Correspondenzen diesen Geist, wenn schon es unmöglich war, zu bestimmen, ob sie unter dieser Form die weiteste oder eine mäßige Ausbildung der Demokratie verlangte; druckte sie doch aus der Nationalzeitung eben so gern ab als aus der neuen Berliner und deutschen Reform. Jetzt kam der 9. November, und — was von Bedeutung ist — alle Deputirte aus Magdeburg tagten weiter. Da erscheint im Sonntagsstücke vom 12. plötzlich ein leitender Artikel, ein zweiter am Dinstag, am Mittwoch folgt ein dritter. Alle drei nehmen entschieden Partei für die Nationalversammlung, der dritte deutet sogar auf ein schlimmes Ende für die Krone hin. Wir wollen davon absehen, daß es diese Artikel nicht gerade empfiehlt, wenn es im ersten heißt, Unser Deputirter (Unruh) hat dies und das gesagt, deshalb wird es so und so kommen; wir betonen es nicht weiter, daß der zweite selbst mit den Anfangsschlagwörtern in breiter Ausführung nichts anderes enthält, als was die deutsche Reform (die sonderbar genug von der Magdeburger für ein Blatt des linken Centrum gehalten wird) einige Tage früher in einem leitenden Artikel kürzer und besser gesagt hatte; daß im dritten die Pointen desgleichen erborgt sind aus der Augsburger, die sie auf ganz andere Verhältnisse, auf die österreichischen nämlich, anwendet. Wir fragen einfach, ob denn der Gedanke so sehr fern lag, daß auch die Versammlung inconstitutionell sein könne, wenn sie forttagte; daß sie eben so gut die Rechte der Krone verletz-

als die Minister die des Volks? Die konstitutionelle Magdeburger Zeitung hat nicht daran gedacht. „Es frommt nicht, heißt es am 14. Novbr., auf die frühern Vorgänge in Berlin zurückzugehn; es frommt ebenso wenig mehr, sich in Rechtsspißfindigkeiten über die Befugniß der Regierung zu verfechten: es ist die Stunde der Erörterung nicht mehr, denn der Kampf ist ausgebrochen.“ Freilich der Magdeburger Zeitung nützte eine solche Betrachtung nicht, nachdem Hr. v. Unruh und Hr. Ublisch sich entschieden: aber für die Bewohner der Provinz, die stellenweise in kein anderes Blatt sehen, wäre es von der größten Wichtigkeit gewesen, eine leidenschaftslose, das Für und Wider abwägende Auseinandersetzung zu lesen. Nach solchen Artikeln hatte die tröstende Verheißung an die Berliner, daß die Provinzen sie nicht im Stich lassen würden, allerdings guten Grund. — Doch angenommen auch, Unruh und Weichsel und Ublisch seien mit ihrem Verfahren und sonach auch die Zeitung mit ihren Artikeln im Recht gewesen: warum folgte dem vom Mittwoch kein vierter mehr? Warum grölte die erzürnte Dame nicht weiter über die Unbilden, die ihren Lieblingen ferner angethan wurden? Weil jene mit der Steuerverweigerung einen Boden betreten hatten, auf den ihnen trotz ihrer Anhänglichkeit selbst die Magdeburger nicht zu folgen wagte. Wo also die Krone Unrecht zu thun schien, da war es Pflicht, Feuer zu rufen, als aber die Deputirten mindestens in gleicher Weise fehlten, wurde nicht ein Wort der Mißbilligung laut. Auch das Bürgerblatt enthielt in den Tagen der Aufregung einen leidenschaftlichen Artikel, dennoch hat die Redaction nicht angestanden, geradezu entgegengesetzte Aufsätze zu veröffentlichen und sie hat ihrer Ehre dadurch wahrlich nicht geschadet.

Wir meinen hiernach Grund genug zu der Behauptung zu haben, daß die Magdeburger Zeitung in diesen Tagen weder der guten Sache gebiet, noch die Stimmung der Provinz wirklich ausgesprochen. Sie hat statt zur Ruhe zu reden, was ihre Pflicht war, die Aufregung gemehrt. Mag sie immerhin die Magdeburger Deputirten in soweit berücksichtigen, daß sie ihnen eine besondere Aufmerksamkeit widmet, und ihre Erklärungen voranstellt, während sie die entgegenstehenden anderer sächsischer Abgeordneten in die dritte Beilage verweist: maaggebend für die Haltung des Blattes selbst, das eine bestimmte Farbe haben will, dürfen die Ansichten Jener nicht sein. Wie ganz anders und selbstständig hat sich in dieser Beziehung die Kölner Zeitung von Anfang ab gestellt!

Ein Glück ist, daß, wie Göthe sagt, der nicht jedesmal den Nagel auf den Kopf trifft, der mit dem Hammer an die Wand schlägt.

Den 24. Nov. 1848.

O. N.

Die Stellung der Linken in Frankfurt.

Von A. Dunder.

(Fortsetzung.)

Und nun wendet er sich zur Linken. Er wolle nicht anklagen, nicht den Mord in Verbindung bringen mit den Einwirkungen ihrer Partei auf das Volk. Aber auf die Thatsache weise er hin, daß die Selben, welche einen Aufruhr erhoben gegen die frei Gewählten des Volks, die Selben, welche Auerwald und Lichnowsky ermordet, die Selben, welche den Mördern zu Worrin-

gen ein Hurrah gebracht haben, Niemand anders zur Herrschaft bringen wollten, als die linke Seite dieses Hauses, daß in jenen Volksversammlungen noch immer das Hoch für die Linke und für die Mörder erschallt sei. Das seien Thatsachen. Und nun müsse er gestehen, daß wenn er sähe, daß die Rohheit und die Mordlust ihn zur Herrschaft bringen wollten; wenn er sähe, daß er Sympathien fände auf der Seite des Verbrechens und der Blutgier, dann würde er sich fragen, ob er wohl auf dem rechten Wege sei, und er würde sich diese Frage mit Nein beantworten. — Er ermahnt die Linke, zu bedenken, wohin dieser Weg führe. Er führe nicht dazu, auf den Trümmern des gestürzten Systems ein neues festes Haus der Freiheit zu bauen, sondern von Revolution zu Revolution, bis endlich das ermüdete Volk sich besinne auf die alten Zustände, und dann die Reaktion triumphire. Inzwischen aber werde durch diese innern Kämpfe die Kraft Deutschlands gelähmt, die Centralgewalt könne nicht (wie die Linke es verlange) ihren schützenden Arm ausstrecken bis zur Moldau und Wallachei; das Ausland werde frohlocken, und aus der glorreich begonnenen Revolution werde ein armes, zerrissenes Deutschland hervorgehen. —

Als der Schluß der Debatte mit Nachdruck verlangt wurde, stellte der Präsident die Frage, ob die Versammlung den Schluß mit dem Vorbehalt aussprechen wolle, daß noch den drei Angeklagten das Wort zu geben sei, und die Frage wurde bejaht. Es ist ein edler parlamentarischer Gebrauch, den Angeklagten das letzte Wort zu geben; aber dieser Gebrauch hat doch nur den Sinn, ihnen das Recht der Vertheidigung zu gönnen. Unse Angeklagten benutzten dies Vorrecht, um hier von der Tribüne herab, im Schutze ihrer Deputirtenwürde zu thun, was sie in der Volksversammlung gethan zu haben leugneten: sie schmähten die Reichsversammlung und priesen die Revolution.

Wenn ich, den wir von seiner Advokatur der Mainzer Revolte her kennen, mit der wohlklingenden Stimme und der breitspurigen Deklamation des beliebten Volksmannes „sein ganzes Leben“ zum Zeugniß aufrief gegen die wider ihn erhobenen Anschuldigungen, so gratuliren wir ihm zu der Zuversicht seines guten Gewissens. Aber auch unser Gewissen war rein, wir fürchteten das Gericht der Geschichte nicht, mit welchem ich die Versammlung bedrohte, wenn sie in die Untersuchung willigen werde.

Auch Schlössel berief sich auf seine Vergangenheit. Aber davon sprach er nicht, daß er einst selbst die Strenge des rechtmäßigen Herrn gegen die Bauern auf seinem schlesischen Gute geübt, daß er schon vor der Revolution den Rechtsboden des Eigenthums gegen diese Rebellen gewahrt habe; diese Thatsache führte er nicht zum Beweise seiner Loyalität auf.

(Beschluß folgt.)

Konstitutioneller Verein des Saalkreises.

Giebichenstein den 20. Novbr. Auch in der heutigen Sitzung war es die Besprechung der neuen Ereignisse, womit sich die Versammlung ausschließlich beschäftigte.

Man war darüber einverstanden, daß die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung eine für den König wie für die preussische N.-B. gleich verbindliche Entscheidung

enthielten, durch welche die entstandenen Konflikte beseitigt seien, und beschloß dies in einer Adresse an den König auszusprechen. *) Ebenso beschloß die Versammlung, in einer Adresse an die preussische N.-B. zu erklären, daß man zwar eine Rechtsverwahrung gegen die von der Krone einseitig verfügte Vertagung und Verlegung des Sitzes der Versammlung guthesse, weil die Mehrzahl der Mitglieder, da sie die Krone zu einer derartigen Maßregel nicht für berechtigt hielten, es sich selbst und dem Lande schuldig waren, dies auszusprechen, daß man aber in allen ferneren Schritten, namentlich in der Abhaltung wiederholter Sitzungen in verschiedenen Lokalen, und in allen sonstigen von den zurückgebliebenen Mitgliedern gefaßten Beschlüssen einen ungehörigen Widerstand erblicke, durch welchen die Versammlung ihren Kampf mit dem Ministerio in's Volk hineingeschleudert und so drohende Gefahr zum Ausbruch eines Bürgerkrieges heraufbeschworen habe. Man müsse dieses Verhalten mit allem Ernste mißbilligen, und die Versammlung auffordern, zur Besonnenheit und Mäßigung zurückzukehren, wozu ihr der Beschluß der Frankfurter National-Versammlung den Weg anbahne.

Auch diese Adresse ward entworfen und abgesandt.

Während der Sitzung ging ein Schreiben des Abgeordneten des Kreises, Herrn Seydel, ein, mit welchem derselbe seine Erklärung über die Steuerverweigerung**) übersandte, sich weitere Mittheilung über sein Verhalten vorbehaltend. Man beschloß die Antwort auszusetzen, bis Herr Seydel die versprochene ausführlichere Mittheilung gemacht haben werde.

*) Diese Adresse ist mit 55 Unterschriften versehen und lautet wie folgt:

Majestät! In einer von Eönnern aus unterm 15. d. M. erlassenen Adresse (Nr. 271 d. Stg.) haben mehr als 100 Einsassen des Saalkreises, dem auch wir angehören, die Gefühle und Ansichten ausgesprochen, welche die Bewohner unseres Kreises gegen Ew. Ma estat und Ihr Königlichs Haus erfüllen. Wir alle erkennen in jener Adresse den Ausdruck auch unserer Empfindungen und freuen uns von ganzem Herzen, daß die unseligen Konflikte zwischen Ew. Majestät Regierung und unseren Vertretern in einer zufriedenstellenden Art und Weise geschlichtet sind durch den Beschluß der deutschen National-Versammlung, nach welchem dieselbe in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln es für nöthig erachtet: 1) Ew. Majestät Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg aufhebe, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathung in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preussische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen gemeint ist; denn wir erkennen in dieser Erklärung der deutschen Centralgewalt eine für Fürst und Volksvertreter gleich verbindliche Entscheidung. Ew. Majestät bitten wir hiernach, durch schnelle Ausführung der Beschlüsse der Centralgewalt dem jetzigen unsichern Zustande der Dinge ein Ende zu machen. Allerhöchstdieselben werden hierdurch aufs Neue den Beweis liefern, wie ernst und fest sie entschlossen sind, in Unterordnung unter die Centralgewalt allen Fürsten Deutschlands hochherzig voranzugehen. Mit unbegrenzter Hochachtung und unwandelbarer Treue Ew. R. Ma estat unterthänig treuegehorsame Einwohner des Saalkreises.

Giebichenstein, den 20. November 1848.

**) Diese Erklärung lautet wie folgt:

Die Nationalversammlung hat in ihrer außerordentlichen Sitzung vom 15. d. M. (im Hotel Mielen's) im Wesentlichen beschlossen:

daß vom 17. d. M. an das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sein solle, Staatsgelder zu verwenden und Steuern zu erheben.



Konstitutioneller Club zu Halle.

Sizung vom 25. November.

Zwei Schreiben des Central-Ausschusses der verbrüdereten demokratisch-constitutionellen Vereine Deutschlands zu Berlin vom 14. resp. 20. Novbr. enthaltend die Aufforderung, „dahin zu wirken, daß die preussische National-Versammlung von den Behörden in ihrer Competenz anerkannt, zugleich aber die Bewegung im Sinne der constitutionellen Monarchie aufgefaßt werde“, sowie, „zu erklären, daß man in der sofortigen Ausführung der von der deutschen National-Versammlung gefaßten Beschlüsse das einzige Mittel zur Ausgleichung des entstandenen Conflictes mit der Krone erkenne“, wurden als durch die frühern Beschlüsse des Clubs erledigt bei Seite gelegt. Dr. Fhiele brachte hierauf zur Sprache, daß in der vorigen Sizung einige dem Club nicht als Mitglieder Angehörige die Minister in einer Weise angegriffen hätten, welche eine Klüge von Seiten des Ordners verdient habe. Auf die Bemerkung des Ordners, Hr. Dr. Eckstein, daß bis jetzt dem Vorsitzenden das Recht zum Ordnungsrufe noch nicht eingeräumt sei, beschloß man nach v. Holleusers Antrage, daß für künftige Fälle nur bei vorkommenden Persönlichkeiten ein Ordnungsruf erfolgen soll.

Dr. Eckstein erstattet Bericht über die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments betreffend den zwischen der preussischen Nationalversammlung und Krone entstandenen Conflict überhaupt; namentlich über die von Rappard gestellten An-

Da ich zu jener Sizung eine Einladung nicht erhalten hatte, eine solche auch nicht erwarten konnte, nachdem der Präsident der Nationalversammlung in der Sizung vom 14. d. M. (im Stadthause) erklärt hatte, daß er es mit der Würde der Vertreter der Nation nicht vereinbar halte, nach wiederholter Behinderung durch Militairgewalt weitere Versuche zum Zusammentreten und Tagen zu machen, so fand ich nebst mehreren gleichgesinnten Abgeordneten mich außer Stande, meinen Widerspruch gegen die Maßregel der Steuerverweigerung in der Sizung selbst geltend zu machen. Ich habe daher nicht nur dem Präsidenten der Nationalversammlung sofort eine Erklärung wegen meiner Abwesenheit überreicht, sondern fühle mich auch verpflichtet, meinen Wählern hierdurch noch besonders zu erklären:

daß ich die Nationalversammlung nicht berechtigt halte, die Befugniß zur Verweigerung gesetzlich bestehender Steuern zu decretiren, gültige Gesetze einseitig aufzuheben oder zu suspendiren, der Regierung die Erfüllung rechtlich übernommener Verpflichtungen unmöglich zu machen, thatsächlich und rechtlich die Auflösung des Staats, die Vernichtung jeder Regierungsgewalt auszusprechen;

daß die Nationalversammlung somit nach meinem wohlwolligen Dafürhalten durch diesen Beschluß den bisher behaupteten Standpunkt des passiven Widerstandes auf dem Boden des Rechtes und des Gesetzes verlassen hat;

daß endlich — auch von dem Rechtspunkte abgesehen — die Maßregel der Steuerverweigerung durch die obwaltenden Umstände überhaupt nicht gerechtfertigt, unpatriotisch und unheilvoll für das Land ist.

Um ein Ministerium zu stürzen, wird die Macht, die Geltung, die Existenz des Vaterlandes auf das Spiel gesetzt, während einem großen Volke gegenüber, welches seiner Freiheiten und Rechte sich bewußt und dieselben durch alle gesetzlichen Mittel zu behaupten fest entschlossen ist, welches überdem in dem ganzen deutschen Volke einer moralischen, in der Reichsgewalt einer eingreifenden Unterstützung gewiß sein darf, keine Macht der Erde eines auch nur kurzen Sieges sich erfreuen kann.

Vertrauet mit mir der Macht des freien Geistes und der unwiderstehlichen Kraft der Wahrheit und des Rechtes.
Berlin, den 16. November 1848. Der Abgeordnete Seidel.

träge, den Bericht des Reichscommissars Bassermann und die gegen die Bedingungen der Linken und des linken Centrums in Berlin erhobenen Widersprüche der Fraction und des Abgeordneten v. Kirchmann und knüpfte daran einige Bemerkungen über das Verfahren der Nationalversammlung, die ihren Beschluß über Suspension der Steuererhebung nicht legalisirt und dennoch in den Provinzen verbreitet habe, sowie über die in Berlin angeknüpften Verhandlungen zu einer gütlichen Ausgleichung des Conflictes.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war der Brief des Abgeordneten Düncker an den Club, der durch einige Vorstands-Mitglieder im allgemeinen Interesse sofort nach seinem Eintreffen durch den Courier veröffentlicht war. Ein Antrag des Hrn. Rasemann, ihn noch einmal zu verlesen, ward abgelehnt. Dr. Fhiele stellte den Antrag, in einem Schreiben dem Abgeordneten Prof. Düncker den Dank des Clubs auszusprechen und darin das Bekenntniß abzulegen, daß die in der Sizung vom 11. Novbr. an die N.-V. beschlossene Erklärung im Drange der leidenschaftlichen Aufregung beschlossen worden sei, und man dieselbe unter anderen Umständen jetzt zurücknehme. Prof. Pott sucht dagegen das Zeitgemäße des damaligen Beschlusses zu rechtfertigen: man dürfe sich nicht verhehlen, daß eine starke Reaction immer vorhanden sei, und wenn auch jetzt manche Gründe weggefallen, welche den damaligen Beschluß veranlaßt, so sei er deshalb damals durchaus nicht unnöthig gewesen. Den Ton in Dünckers Ansprache finde er unpassend, zu lehrmeisterlich; was von anderer Seite her in Abrede gestellt wurde. In ähnlichem Sinne erklärt sich Prof. Burmeister. Der Abgeordnete Düncker habe sich in seinem Schreiben auf den Standpunkt gestellt, daß er unbedingt das Recht der Krone in dem gegenwärtigen Conflict anerkenne. Er selbst müsse jedoch noch jetzt der Ansicht sein, daß das Recht der Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung nicht der Krone eingeräumt werden könne, eine Ansicht, in der ihn einige hiesige Juristen nur bestärkt hätten. Nachdem noch Hr. v. Holleuser und Andere in dieser Angelegenheit gesprochen, wurde eine von Hrn. v. Bassewitz entworfene Antwort an den Deputirten allgemein angenommen und nur ein Zusatz von dem Ordner vorbehalten.

Zum Schluß brachte Hr. v. Holleuser einige Einwendungen gegen die vom Club ausgegangenen Erklärungen vom 11. und 18. zur Sprache, und Hr. v. Bassewitz gab genauere Aufschlüsse über die „sofortige Berufung der Volkvertretung.“ Die bei dieser Verhandlung angeregten Uebelstände veranlaßten Hrn. v. Holleuser zu dem Antrage, überhaupt weniger Adressen und Erklärungen zu erlassen, und wenn dies geschähe, die Fassung derselben entweder besondern Commissionen oder gesammtem Vorstande mit Zuziehung des Antragstellers zu übertragen. Dies wurde genehmigt.

Das Protocoll wurde in Abwesenheit der beiden Secretäre von Herrn Actuar Hoffmann geführt.

Konstitutioneller Bürger-Verein.

Mittwoch den 29. November 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends
ordentliche Sizung im Lokale des Röhlenbrunnens.

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium:

Preis für Halle 7½ Egr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Egr.

Herausgegeben
von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 25.

Halle, Dienstag, den 28. November.

1848.

Inhalt: Die Krisis in Preußen und die Tagespresse in der Provinz Sachsen. — Die Stellung der Linken in Frankfurt. — Konstitutioneller Verein des Saalkreises. — Konstit. Club zu Halle. — Anzeige.

Die Krisis in Preußen und die Tagespresse in der Provinz Sachsen.

Es ist bei den unglücklichen Ereignissen, welche die letzten Wochen unserm Vaterlande gebracht haben, nichts so natürlich, als daß die Handlungsweise der einzelnen Deputirten von ihren Wählern schärfer ins Auge gefaßt, genauer denn je abgewogen wird. Ob sie ferner tagen oder der königlichen Botenschaft Folge leisten sollten, und im erstern Falle, ob sie auch zu der Steuerverweigerung stimmen durften, — diese Fragen werden, wie es nicht anders sein kann, bei den abweichenden politischen Ueberzeugungen, aber mehr noch weil das Recht der Minister zu ihren Maßregeln freitragend erscheint, von Einzelnen wie von großen Gesamtheiten, Kreisen und Städten verschieden beantwortet. Die bei weitem größere Zahl der sächsischen Abgeordneten hat in der Berlegung und Vertagung eine Rechtsverletzung gesehen und ist auf dem Platze geblieben; nur Wenige haben den Saal verlassen, unter ihnen die von Halle, Merseburg, Wittenberg, Weißensee, Osterburg, Mansfeld (Gebirgskreis). Wir verschmähen es, uns jetzt noch an dem Kampfe zu betheiligen, ob diese Wenigen oder Jene den rechten Weg eingeschlagen haben; die Krisis will zu Ende gehen, es ist leicht nach dem Erfolge zu urtheilen, und uns gelüftet nicht, einen Sieg zu erhechten wie Hans Falstaff über den gefallenen Percy Heißpohn. Wir können vielmehr den Leser ruhig auf die Unterschiede der Fraktionen in der Berliner Versammlung verweisen, wie wir sie in den frühern Nummern dieser Blätter herausgehoben haben, und es ihm dann selbst überlassen, aus der Stellung und Haltung der Parteien überhaupt auch die Consequenzen für diesen speciellen, so wichtigen Fall zu ziehen. Eins freilich nimmt uns noch immer Wunder, wie es nämlich gekommen, daß manche Leute aus dem gemüthlichen Paßgange des bedächtigen Liberalismus seit den Märztagen so rasch in den scharfen Galopp des Grund und Boden erschütternden Radikalismus übergegangen sind. Wie Viele von diesen würden nicht zur Stunde noch äußerst zahn zur Seite des wärmenden Ofens sitzen und da sein behutsam raisonniren und kanngeliefen, wäre nicht über Nacht plötzlich die Revolution gekommen und ihnen in die Arme gesunken?

Allein wie gesagt, wir überlassen das Urtheil über ihre Vertreter den Wählern. Es kommt uns im Augenblicke darauf an, den andern Organen des Volkswillens, den täglichen Vermittlern und Herolden des politischen

Bewußtseins etwas näher ins Gesicht zu sehen: wir meinen die Tagespresse, und zwar die in der Provinz Sachsen. Außer den vielen Kreis- und Wochenblättern und unserm Bürgerblatte, die jedoch fast alle nicht an jedem Tage ausgegeben werden und meist einen ziemlich beschränkten Leserkreis haben, erscheinen täglich unseres Wissens nur der Thüringische Volksbote in Erfurt, die Hallesche demokratische, die Magdeburger Zeitung und der Hallesche Courier. Ueber die beiden erstern Blätter wird man uns die Kritik willig schenken, nachdem die Prinzipien und der Ton der Halleschen Demokratischen einen eben so scharfen als gerechten Richter in den frühern Nummern gefunden haben, und wenn man sich erinnert, daß der Redacteur des Volksboten, Herr Berlepsch, der große Thüringer Agitator ist. Auch der Courier wäre eigentlich einer besondern Besprechung kaum werth; nicht etwa aus demselben Grunde, sondern weil er gar keine Farbe hat. Er nimmt in aller Gemüthlichkeit von nah und fern an Nachrichten auf, was ihm gerade entgegenläuft; der Raisonnements enthält er sich klüglichst, es wäre denn, daß er einmal Verhältnisse über gewöhnliche Verhältnisse bringt, die allenthalben geschrieben sind. Insbesondere zu wichtig und folgenreich zu halten hätte, auch lassen, die natürlich von Nachdrucke sein mußte, je wird. Und was sagte der wies mit ganzer Besonnenheit die ihn zu allen Zeiten rühmte die Krone bei ihren Maaßnahmen ganz im Rechte, daß die Vorgesetzten des Landes äußerst peinigend freilich war es damals sein am unbequemsten aber dem de ja in seiner Ruhe gestörten subjectiven Standpunkte vertritt die Zinne der Partei stellen. stürmischen Anlaufe, als die die Oberhand gewann, er und der alten süßen Gewohnheit Unparteilichkeit klärtlich zu in einer Extrabeilage. böse sein, um so weniger ben hat.

Bitterer ist unsere Bürger Zeitung. Sie betru

